

## Verpflegung im Ganztage

19.07.2023 11:02 von Martina Jansen (Kommentare: 0)

## Verpflegung im Ganztage



### **Stadt startet Modellprojekt zur Unterstützung von „Schwellenfamilien“, die ein geringes Einkommen, aber keinen Anspruch auf Leistungen haben.**

Bei den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr verständigten sich die Ratsfraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP auf ein gemeinsames Maßnahmenpaket. Unter anderem hatte die SPD-Ratsfraktion Dorsten angeregt, so genannte „Schwellenfamilien“ bei der Finanzierung der Mittagsmahlzeiten im Rahmen der Kinderbetreuung zu unterstützen – und stieß damit auf große Zustimmung bei den anderen Fraktionen im Rat der Stadt Dorsten. Für einen Modellversuch hat die Stadt Dorsten 25.000 Euro zur Verfügung gestellt, als Partner konnte der Kinderschutzbund Dorsten gewonnen werden.

Während bei Leistungsempfängern die Kosten für die Verpflegung durch das Programm „Bildung und Teilhabe“ übernommen werden, stehen bei diesem Modell Familien im Blick, die keinerlei Unterstützung erhalten, mit einem niedrigen Einkommen angesichts steigender Kosten und Inflation trotzdem in Notlagen geraten.

Da die finanziellen Situationen dieser Familien nicht bekannt sind und die Zielgruppe dieser Unterstützung damit nicht genau zu definieren ist, werden für die Gewährung andere Indizien herangezogen, etwa aufgelaufene Zahlungsrückstände. Wird auf diesem Wege eine Notlage identifiziert, können innerhalb des Pilotprojekts die Schulleitungen formlos und in Abstimmung mit der Familie beantragen, dass für die betroffenen Kinder die aufgelaufenen Schulden beglichen und die Essenskosten auch für einen gewissen Zeitraum vorfinanziert werden. Die Abwicklung wird durch den Kinderschutzbund organisiert.

Dirk Groß, Fraktionschef der SPD und Vorsitzender im Ausschuss für Schule und Weiterbildung: „Uns war es wichtig, ein niedrighschwelliges und unbürokratisches Konzept umzusetzen. Bei den Beratungen standen insbesondere die so genannten Schwellenfamilien im Blick, die aufgrund eines geringen Einkommens keinen Anspruch auf Leistungen wie Bildung und Teilhabe haben, bei denen es trotzdem an allen Ecken und Kanten fehlt – und dies ganz besonders, nachdem im letzten Jahr die Lebenshaltungs- und Energiekosten enorm gestiegen sind.“

Bürgermeister Tobias Stockhoff ergänzt: „Aktuell können wir die Dimension dieses Themas nicht abschätzen. Wir starten diese Unterstützung daher bewusst als Versuch und zunächst nur in den Grund- und Förderschulen. Nach ersten Erfahrungen werden wir beraten, ob wir das Modell ausweiten können. Den Schulleitungen und dem Kinderschutzbund bin ich sehr dankbar, dass sie uns und die betroffenen Familien hier als starker Partner unterstützen.“

*Text: Stadt Dorsten*